

Tagesordnung I Punkt 23 der öffentlichen Sitzung am 09. Februar 2012

Antrags-Nr. 12-F-33-0018

Integrationsbeauftragte in den Ortsbeiräten

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 18.01.2012 -

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Wiesbaden beträgt gut 32 Prozent. Um die Probleme dieser Menschen frühzeitig erkennen und lösen zu können empfiehlt es sich, auch vor Ort in den Stadtbezirken einen breiteren Fokus auf integrationspolitische Belange zu legen. Durch die Einrichtung von ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten soll diese Herausforderung besser bewerkstelligt werden können. Diese Integrationsbeauftragten sollen in den jeweiligen Ortsbeiräten analog zu den Stadtteiljugendbeauftragten auf freiwilliger Basis benannt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- den Ortsbeiräten die Benennung von Integrationsbeauftragten auf freiwilliger Basis zu empfehlen.
- Hierzu auch die Mitglieder des Ausländerbeirates, die im jeweiligen Ortsbezirk wohnen anzufragen.

Die Integrationsbeauftragten

- müssen nicht zwingend Mitglied im Ortsbeirat sein,
- sollen, analog zu den Stadtteiljugendbeauftragten, im Ortsbeirat Rederecht bei integrationspolitischen Themen bekommen und Handlungsempfehlungen aussprechen dürfen.

Vom Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat, der Verwaltung und den gewählten Integrationsbeauftragten wird ein Leitfaden erstellt, der zur Erleichterung der Arbeit dienen soll.

Ansprechpartner für die Integrationsbeauftragten sind der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung, und Integration, der Ausländerbeirat sowie das Amt für Zuwanderung und Integration.

Beschluss Nr. 0091

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 18.01.2012 betr.

Integrationsbeauftragte in den Ortsbeiräten

wird einschließlich des Änderungsantrages der Stadtverordnetenfraktion von Linke&Piraten aus Zeitgründen zur Behandlung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.03.2012 vorgesehen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2012

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2012

1. Dezernat VII
2. Dezernat I/10
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister